

**Dr. Herbert Anderl**

GENERALDIREKTOR FÜR DIE ÖFFENTLICHE

SICHERHEIT i. R

MINORITENPLATZ 9

A-1014 WIEN

TEL: +43-1 53126-3454

ModernePolizei@bmi.gv.at

Herrn

Karl Eder

**Antwortschreiben per E-Mail:** k.eder.vu9pyw5ape@foi.fragdenstaat.at

Sehr geehrter Herr Eder!

Unter Bezug auf Ihre Anfrage vom 8. August 2014 darf ich Sie vorweg um Nachsicht für die Verzögerung in der Beantwortung ersuchen und Ihnen Folgendes mitteilen:

Die Bundesregierung hat mit dem Regierungsprogramm den politischen Rahmen für die Arbeit in den kommenden Jahren gesetzt. Darauf aufbauend wurde mit der Strategie INNEN.SICHER eine strategische Handlungsanleitung im Bereich der inneren Sicherheit geschaffen.

Die Herausforderungen an die Polizei haben sich in den letzten Jahren laufend verändert. Um diesen Veränderungen Rechnung zu tragen, wurde im Zuge des INNEN.SICHER-Projekts „Moderne Polizei“ ein entsprechendes Konzept entwickelt.

Die Struktur der Polizeidienststellenverteilung ist über die Jahrzehnte historisch gewachsen. Das hatte zur Folge, dass regionale – geografische, demografische wie infrastrukturelle – Bedürfnisse nicht immer in einer Form zum Tragen gekommen sind, wie es notwendig wäre. Aus diesem Grund wurde von den Landespolizeidirektionen gemeinsam mit der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit ein System objektiver Kriterien entwickelt, das auf genau diese Anforderungen Rücksicht nimmt. Um in allen Regionen eine bessere Außendienstpräsenz gewährleisten zu können, wird die Dienststellenstruktur an die Bedürfnisse der Menschen angepasst. Damit wird eine zeitgemäße, moderne Polizeiarbeit vor Ort erreicht, nicht zuletzt durch die Reduktion des Verwaltungsaufwandes für Polizistinnen und Polizisten. Weniger Bürokratie heißt, die Polizei kann sich besser darauf konzentrieren, was ihre eigentlichen Sicherheitsaufgaben sind.

Von Anfang an war klar, dass es sich bei der Reform um kein Spar- sondern um ein Sicherheitsprogramm handelt.

Sollte das Projekt zur Dienststellenstruktur-Anpassung wie geplant und vollständig umgesetzt werden können, ist mit dem Wegfall von insgesamt € 1.959.000,- an Mieten und Betriebskosten für die von der Schließung betroffenen Dienststellen zu rechnen. (Anmerkung: Die Summe entspricht den Kosten im Jahr 2013. Die genauen Kosten für Heizung, Strom und Reinigung werden nach tatsächlichem Anfall von der jeweiligen Landespolizeidirektion bezahlt und müsste von diesen einzeln ausgehoben, berechnet und an das Bundesministerium für Inneres gemeldet werden was einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand darstellt.)

Diese Mittel werden nicht eingespart, sondern dafür verwendet, um jene Dienststellen welche die frei gewordenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufnehmen zu

o          sanieren und zu adaptieren,

o          erforderlichen Falls durch Zumietungen zu erweitern oder neu unterzubringen

o          gendergerecht und barrierefrei zu gestalten sowie

o          Polizeistationen und Polizeistützpunkte einzurichten

Da sich das Projekt noch im Umsetzungsprozess befindet, können derzeit allerdings weder die prognostizierten Minderausgaben bestätigt noch die notwendigen Umgestaltungskosten seriös beziffert werden.

Trotz der notwendigen Konsolidierung des Bundeshaushaltes wird der inneren Sicherheit auch in Zukunft Vorrang eingeräumt. Das Budget für das Bundesministerium für Inneres sieht für 2014 und 2015 Ausgaben in der Höhe von jeweils etwa 2,53 Milliarden. € vor. Damit ergibt sich ein sogar ein – wenngleich geringfügiger - Zuwachs gegenüber dem Budget für 2013. 1.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten sind ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu Sicherheit und sozialem Frieden in Österreich. Entsprechend den Vorgaben für das Projekt „Moderne Polizei“ wird zudem eine Optimierung der Tatortarbeit, mehr sichtbare Präsenz der Exekutive und eine Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung angestrebt. Auch das Verkehrssicherheitsprogramm 2011-2020, das unter anderem auf gezielte Verkehrsüberwachung und Verkehrserziehung baut, wird weiter konsequent umgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Herbert Anderl

Vorsitzender

Bürgerinnen und Bürger Beirat

Wien, am 21.11.2014